

**Newsletter Rechtspolitik
Dezember 2017 (3/2017)**



Katja Meier
rechtspolitische Sprecherin

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 02

Telefax: 0351 / 493 48 09

Katja.Meier@slt.sachsen.de

Newsletter Rechtspolitik Dezember 2017 (3/2017)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

bevor das Jahr 2017 zu Ende geht, freue ich mich Ihnen und Euch den dritten rechtspolitischen Newsletter der GRÜNEN Landtagsfraktion übersenden zu können. Gleichzeitig möchte ich mich an dieser Stelle für die Unterstützung und Zusammenarbeit im Jahr 2017 bedanken und wünsche Ihnen und Euch eine erholsame Advents- und Weihnachtszeit sowie die Zeit und Ruhe, um für das vor uns liegende Jahr Kraft zu tanken.

Herzlichst

Katja Meier

Rechtspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

Inhaltsübersicht:

- I. Rechtsmedizin**
- II. Eröffnung einer weiteren Suchttherapiestation in der JSA Regis-Breitungen**
- III. Öffentliche Anhörung des GRÜNEN Antrages „Lebenssituation nichtdeutscher Gefangener im Justizvollzug verbessern – Chancengleichheit bei der Resozialisierung herstellen“ im Verfassungs- und Rechtsausschuss**
- IV. „Schwarzfahren“ als Ordnungswidrigkeit behandeln**
- V. Aktuelle Debatte der Fraktion DIE LINKE „Hinter Gittern? Drohenden Kollaps in den Justizvollzugsanstalten abwenden!“ in der 62. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages**
- VI. GRÜNE legen Sächsisches Transparenzgesetz vor**
- VII. GRÜNE Grundsätze zur Zukunft der Aufarbeitung des MfS-Unrechts im Freistaat Sachsen**
- VIII. Katja vor Ort: Zu Besuch beim Brücke e.V. Bautzen und dem Verein für Soziale Rechtspflege Dresden e.V.**
- IX. Termine**

zum Inhalt

I. Rechtsmedizin

Die Diskussion um die Rechtsmedizin ist im Landtag nicht neu. Bereits 2011 befürchteten Staatsanwaltschaften, Gerichte und Kriminalpolizei, dass durch den Personalschwund in der Rechtsmedizin auch ihre Arbeit erschwert wird.

Reagiert hat die Staatsregierung darauf nicht – bis heute.

- *Rede zum Antrag der Fraktion Die Linke „Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Rechtsmedizin Sachsen erhalten: Akute Finanzierungslücken der Rechtsmedizinischen Institute in Sachsen schon für die Jahre 2017/2018 und die Zukunft schließen*

II. Eröffnung einer weiteren Suchttherapiestation in der JSA Regis-Breitungen

In der JVA Zeithain wurde am 6. Juni 2014 eine Suchttherapiestation mit mittlerweile 20 Plätzen für männliche Gefangene eröffnet, in der insbesondere Crystalabhängige betreut werden. Bereits im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 hat sich die GRÜNE-Fraktion für den flächendeckenden Ausbau solcher Suchttherapiestationen eingesetzt. Ein entsprechender Antrag sah die Einrichtung einer Suchttherapiestation in der JSA Regis-Breitungen sowie in der Justizvollzugsanstalt für Frauen und weibliche Jugendstrafgefangene in Chemnitz vor. Außerdem war vorgesehen, die stationäre Suchttherapie für Männer durch die Schaffung von Suchttherapiestationen in weiteren Justizvollzugseinrichtungen zu erweitern.

Der Freistaat hat den höchsten Anteil an crystalabhängigen Gefangenen bundesweit und somit auch den höchsten Handlungsdruck. Die Eröffnung einer Suchttherapiestation für Jugendstrafgefangene in Regis-Breitungen ist längst überfällig. Justizminister Sebastian Gemkow (CDU) darf sich nicht auf eine angebliche Vorreiterrolle Sachsen zurückziehen.

- *Pressemitteilung: Sachsen mit höchstem Anteil crystalabhängiger Gefangener - Eröffnung der Suchttherapiestation in Regis-Breitungen nur ein Anfang*

III. Öffentliche Anhörung des GRÜNEN Antrages „Lebenssituation nichtdeutscher Gefangener im Justizvollzug verbessern - Chancengleichheit bei der Resozialisierung herstellen“ im Verfassungs- und Rechtsausschuss

Rund 25 % der Gefangenen im sächsischen Justizvollzug besitzen keinen deutschen Pass (Stichtag 01. Oktober 2016, Vgl. Drs. 6/7881).

Es handelt sich bei ihnen um EU-Bürger*innen, wie auch Nicht-EU-Bürger*innen, um Christ*innen, um Angehörige islamischen Glaubens oder anderer religiöser Anschauungen und um nichtgläubige Menschen. So unterschiedlich die Menschen sind, so unterschiedlich sind auch ihre Lebenslagen innerhalb der Gefängnismauern. Allen nichtdeutschen Gefangenen ist gemein, dass sie in ihren, durch den Vollzug ohnehin eingeschränkten, Lebensverhältnissen, in aller Regel nochmals schlechter gestellt sind,

als deutsche Gefangene, wodurch auch ihre Chancen auf eine gelungene Resozialisierung sinken.

Die GRÜNE Fraktion fordert daher in einem Antrag die Umsetzung der „Empfehlung CM/Rec(2012)12 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedsstaaten über ausländische Gefangene“ und hat im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtages eine öffentliche Sachverständigen-Anhörung durchführen lassen.

- Antrag "Lebenssituation nichtdeutscher Gefangener im Justizvollzug verbessern - Chancengleichheit bei der Resozialisierung herstellen" mit Stellungnahme der Staatsregierung
- Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung

IV. „Schwarzfahren“ als Ordnungswidrigkeit behandeln

Eine extrem hohe Arbeitsbelastung der sächsischen Polizei und Justiz bei der Verfolgung von sogenannten ‚Schwarzfahrern‘ legen die Antworten des Justizministers Sebastian Gemkow (CDU) auf meine Kleine Anfrage offen. Die GRÜNE Fraktion fordert daher, Schwarzfahren zukünftig als Ordnungswidrigkeit zu behandeln.

- Kleine Anfrage: Fallzahlen Leistungerschleichung / Schwarzfahren gemäß § 265a StGB
- Pressemitteilung: Schwarzfahren sollte künftig als Ordnungswidrigkeit behandelt werden

V. Aktuelle Debatte der Fraktion DIE LINKE „Hinter Gittern? Drohenden Kollaps in den Justizvollzugsanstalten abwenden!“ in der 62. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages

Als ich den Titel der Aktuellen Debatte gelesen hatte, habe ich mich als erstes gefragt: Welchen drohenden Kollaps meint Die Linke eigentlich genau? Den beim Personal? Die massive Überbelegung? Die unsagbaren Zustände für weibliche Gefangene in Chemnitz? Die steigende Anzahl an suchtkranken Gefangenen? Oder die ins Stocken geratene Resozialisierung? Die, nebenbei bemerkt, Hauptaufgabe des Justizvollzugs ist.

- Rede: "Justizvollzug: Es herrscht an allen Ecken und Enden Not und Mangel"

VI. GRÜNE legen Sächsisches Transparenzgesetz vor

Sachsen gehört zu den drei Bundesländern, in denen die Bürgerinnen und Bürger, abgesehen von einem Auskunftsrecht hinsichtlich Umweltinformationen und anderen Akteneinsichtsrechten, keinen gesetzlichen Anspruch auf einen umfassenden Zugang zu nicht-personenbezogenen behördlichen Informationen und Dokumenten haben. Das ist ein unhaltbarer Zustand in einer Demokratie und Ausdruck eines Staatsverständnisses, das auf Intransparenz und Herrschaftswissen der Behörden beruht.

Mit unserer Gesetzesinitiative für ein Transparenzgesetz wollen wir GRÜNE nicht nur der Digitalisierung Rechnung tragen, sondern einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Information festschreiben. Damit soll ein Kulturwandel im Handeln der öffentlichen Verwaltung hin zu mehr Transparenz und der Möglichkeit der Kontrolle eingeleitet werden.

- *Eckpunktepapier: "Gesetz über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen"*
- *Gesetzentwurf: Gesetz über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen*

VII. GRÜNE Grundsätze zur Zukunft der Aufarbeitung des MfS-Unrechts (Ministerium für Staatssicherheit) im Freistaat Sachsen

Fast 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution stellt sich nicht nur in den neuen Bundesländern die Frage nach dem aktuellen Zustand und der Zukunft der Aufarbeitung von Unrecht und Willkür des DDR Staats- und Geheimdienstapparates. Viele Akteurinnen und Akteure tragen ihren Teil zur Erforschung und Veranschaulichung der Wirkmacht der Stasi ins tägliche Leben und des systematischen Unrechts in diesem Staat bei. Sie stehen dabei vor diversen Herausforderungen.

- *Positionspapier: GRÜNE Grundsätze zur Zukunft der Aufarbeitung des MfS-Unrechts im Freistaat Sachsen*

VIII. Katja vor Ort: Zu Besuch beim Brücke e.V. Bautzen und dem Verein für Soziale Rechtspflege Dresden e.V.

Am 04.12.2017 war ich mit meinen Mitarbeiter*innen zu Besuch beim Brücke e.V. in

Bautzen. Am 18.12.2017 folgte ein Besuch beim Verein für Soziale Rechtspflege in Dresden. Insbesondere die Frage nach der finanziellen Untersetzung der wichtigen und wertvollen Arbeit der Freiwilligen Straffälligenhilfe in Sachsen seitens des Freistaates spielte ein wichtige Rolle in beiden Gesprächen. Ich danke Herrn Nagel vom Brücke e.V. sowie Frau Söldner vom VSR e.V. herzlich für die freundlichen Gespräche.

IX. Termine

Am 12. April 2017 10.00 Uhr findet im Sächsischen Landtag die öffentliche Sachverständigen-Anhörung des Gesetzentwurfs für ein Sächsisches Transparenzgesetz statt, wozu ich Sie und euch bereits heute herzlich einlade.

Mehrfachsendungen bitten wir zu entschuldigen. Den Newsletter als pdf finden Sie im Anhang. Die vorherigen Newsletter finden Sie hier: [Newsletter-Archiv](#)

Sie möchten keine Newsletter mehr erhalten? Dann schicken Sie eine Email an anne.kaemmerer@slt.sachsen.de